

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum
	Schriftführer Telefon-Nr. Peter Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:03 Uhr - 19:16 Uhr
	Unterbrechungen: keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit</p> <p>2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -</p> <p>3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 18.05.2000 - öffentlicher Teil - 396/2000</p> <p>4. Mitteilungen der Bürgermeisterin</p> <p>5. Einwohnerfragestunde 420/2000</p> <p>6. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit; Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 und Antrag der Fraktion/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.2000, ersetzt durch den Antrag vom 06.04.2000 412/2000</p>	

7. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000**
359/2000
8. **Zustimmung zur Zahlung von Sitzungsgeldern**
401/2000
9. **II. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
380/2000
10. **Abrechnungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach**
344/2000
11. **Jahresabschluß 1999 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
354/2000
12. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**
392/2000
13. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach"**
239/2000
14. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**
240/2000
15. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**
237/2000
16. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"**
241/2000
17. **Feststellung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte 1996 und 1997 der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach**
244/2000
18. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**
288/2000
19. **Feststellung der Jahresabschlüsse 1996 bis 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Einrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**
321/2000

20. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach"**
377/2000
21. **Jahres- und Lagebericht 1999 des Stadtarchivs**
236/2000
22. **Feststellung der Entgelte der Städtischen Löwenkonzerte in der Saison 2000/2001**
218/2000
23. **Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe**
290/2000
24. **Erweiterung Gartencenter Nußbaumer Straße
- Genehmigung nach § 33 BauGB
- Ausnahme von der Veränderungssperre**
303/2000
25. **Fortsetzung der mobilen offenen Jugendarbeit**
373/2000
26. **Einrichtung von Schülertreffs in Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Schulen**
201/2000
27. **Befristete Förderung einer zusätzlichen Fachkraftstelle in der Katholischen Beratungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder**
214/2000
28. **Bau eines Offenen Jugendtreffs in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes in Paffrath, Franz-Heider-Straße ;
Förderung der Bau-, Einrichtungs- und Betriebskosten**
329/2000
29. **Richtlinien zur Förderung des Jugendpflegematerials**
330/2000
30. **Benennung von Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss (Jugend- und Sozialausschuss)**
399/2000
31. **Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Berufsschulverbandes Bergisch Gladbach, Overath, Kürten, Odenthal und Rösrath**
421/2000
32. **Antrag der CDU-Fraktion vom 15.05.2000 zur Nachfolgebesezung in verschiedenen Ratsausschüssen**
408/2000

33. **Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2000 zur Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**
409/2000
34. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 05.06.2000 zur Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)**
410/2000
35. **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 30.05.2000 zur Einführung eines Nachtbussystems in Bergisch Gladbach**
424/2000
36. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2000 zur Verordnung des Bundesministers für Verkehr, wonach auf deutschen Straßen 44-Tonnen-Fahrzeugkombinationen zugelassen sind**
425/2000
37. **Anfragen der Ratsmitglieder**
38. **Anfrage des Ratsmitgliedes Dr. Fischer zur städtischen Wirtschaftsförderung**
422/2000
39. **Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 13.06.2000 zu Bürgerversammlungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Agenda 21**
423/2000

1. **Genehmigung der Niederschrift - nicht öffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 18.05.2000 - nichtöffentlicher Teil -**
397/2000
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
4. **Übernahme einer Bürgschaft für die Bäder GmbH**
368/2000
5. **Übernahme einer Bürgschaft für die Vereinigung zur Erhaltung und Pflege heimatlichen Brauchtums e.V.**
381/2000
6. **Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Köln**
374/2000
7. **Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen**
375/2000
8. **Umwandlung des befristeten Vertrages der Leiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Haus der Musik", Frau Susanne Himmelheber, in einen unbefristeten Vertrag**
282/2000
9. **Ehrungen nach der Satzung über die Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**
385/2000
10. **Ehrungen nach der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach; hier: Verleihung einer Ehrenbürgerschaft**
400/2000
11. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit

@-> Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Sitzungsunterlagen:

1. die Einladung vom 15.06.2000
2. das Schreiben vom 21.06.2000 mit seinen Anlagen
3. die Tischvorlagen zu den Punkten 37.1 und 37.2 des öffentlichen Teiles

Sie teilt mit, daß der Hauptausschuß in seiner Sitzung am 20.06.2000 die Entscheidung über Punkt 8 des öffentlichen Teiles vertagt habe. Er sei daher heute von der Tagesordnung abzusetzen. Hierüber besteht Einvernehmen.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Frau Böhrs merkt an, daß sie in der Sitzung des Rates am 18.05.2000 bei Punkt 12 (Änderung/Ergänzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach; hier: Beratende Stimme für eine Vertreterin/einen Vertreter der Seniorenbeirates) für den Schlußvorschlag gestimmt habe. Entsprechend habe sich nicht ihre ganze Fraktion der Stimme enthalten. Das Abstimmungsergebnis laute somit auf einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Es besteht Einvernehmen, daß die Niederschrift entsprechend korrigiert wird.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 18.05.2000 - öffentlicher Teil -

@-> Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Bericht in einigen Punkten. Die Aktualisierung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

@-> 1. Taufe eines Flugzeuges auf den Namen von Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß am 11.08.2000 auf der Lufthansa Basis beim Airport Frankfurt ein Airbus A 340 auf den Namen „Bergisch Gladbach“ getauft werden soll. Die Initiative zu dieser Taufe liege einige Jahre zurück und gehe vom ehemaligen Bundestagsabgeordneten Franz Heinrich Krey sowie vom heutigen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach aus. Die Lufthansa habe nunmehr mitgeteilt, daß sie aus einer Liste von Vorschlägen den Namen Bergisch Gladbach ausgewählt habe. Gleichzeitig sei angefragt worden, ob Repräsentanten der Stadt die Taufe selbst vornehmen wollten. Da es sich um ein modernes Flugzeug handle, das nicht im Frachtverkehr auf dem Flughafen Köln-Wahn eingesetzt werde, habe sie die Teilnahme an der Taufe zugesagt. Sie werde allerdings die Gelegenheit wahrnehmen, um auf die Problematik des Fluglärms in der Region Köln-Bonn hinzuweisen. Es könnten sie 12 – 15 Personen begleiten, wobei sie davon ausgehe, daß die Herren Krey und Bosbach hier inbegriffen seien. Weiterhin habe die Lufthansa bereits zwei Vertreter der Presse eingeladen. Die übrigen Personen sollten aus den Mitgliedern der Fraktionen selbst bestimmt werden, wobei sinnvoll sei, daß jede Fraktion von wenigstens einer Person repräsentiert werde.

Sie bittet alle Fraktionen, rechtzeitig Mitteilung darüber zu machen, wer mitfahre.

2. Sondersitzung des Rates am 17.08.2000

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß sie aus Anlaß der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Herrn Hans Hachenberg und wegen der anstehenden Veräußerung der Geschäftsanteile der Bädergesellschaft mbH an der BELKAW GmbH beabsichtige, am 17.08.2000 eine Sondersitzung des Rates einzuberufen. Die bislang für diesen Termin vorgesehene Sitzung des Planungsausschusses werde verlegt. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Veräußerung der Geschäftsanteile, zu der die entsprechenden Verträge derzeit vorbereitet würden, sei eine Einbindung des Rates erforderlich. Sie habe darauf verzichtet, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen, um den Fraktionen eine ausreichende Gelegenheit zur vorbereiteten Diskussion zu geben.

<-@

5. Einwohnerfragestunde

@-> Einwohneranfrage zu Trimm-dich-Pfaden

Herr Klaus Hofmann, wohnhaft An der Wallburg 1 in 51427 Bergisch Gladbach, trägt den Inhalt eines an die Verwaltung gerichteten Schreibens vom 14.06.2000 zur oben genannten Problematik vor. Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann nimmt Bürgermeisterin Opladen Stellung. Auch die Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

<-@

6. **Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit; Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 und Antrag der Fraktion/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.2000, ersetzt durch den Antrag vom 06.04.2000**

@-> Bürgermeisterin Opladen weist auf den Resolutionsentwurf hin, der in der Sitzung des Hauptausschusses am 20.06.2000 erarbeitet und dem Rat zum Beschluß empfohlen wurde. Dieser sei dem Schreiben vom 21.06.2000 als Anlage 3 beigefügt worden.

Für ihre jeweiligen Fraktionen begrüßen Herr Müller, Herr Freese, Frau Ryborsch, Frau Schmidt-Bolzmann und Herr Blask den einvernehmlich erarbeiteten Kompromiß. Er biete vor dem Hintergrund der seit dem 13.06.2000 bestehenden Rechtssicherheit eine begrüßenswerte Grundlage für die Stadt, sich angemessen an einer finanziellen Entschädigung der Zwangsarbeiter zu beteiligen. Zugleich werde auch moralische Verantwortung übernommen. Appelliert wird an alle Firmen im Stadtgebiet, die während der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigten, sich am Entschädigungsfonds zu beteiligen.

Sodann **beschließt** der Rat einstimmig folgende Resolution:

- 1. Der Rat erkennt die historisch begründete Mitverantwortung der Stadt Bergisch Gladbach gegenüber den Personen an, die während der NS-Zeit Zwangsarbeit auf dem Stadtgebiet von Bergisch Gladbach geleistet haben und vielleicht Ihr Leben lassen mußten. Wir entschuldigen uns öffentlich bei den Opfern, bei den Angehörigen und den Hinterbliebenen der Opfer.**
- 2. Der Rat fordert die im Stadtgebiet ansässigen Unternehmen und ihre Rechtsnachfolger auf, sich am bundesweiten Zwangsarbeiterfonds der Wirtschaft zu beteiligen.**
- 3. Der Rat ist sich darüber im Klaren, daß die Stadt Bergisch Gladbach als Rechtsnachfolgerin aller ehemaligen Gemeinden auf dem heutigen Stadtgebiet auch finanziell für die Opfer einstehen muß. Der Rat wird unverzüglich über die konkrete Ausgestaltung einer finanziellen Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Entschädigungsfonds für NS-Zwangsarbeiter entscheiden, sobald feststeht, in welcher Höhe die Städte und Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich an der Mitfinanzierung des vom Land Nordrhein-Westfalen**

zu zahlenden Betrages an den gemeinsamen Stiftungsfonds des Bundes und der Wirtschaft beteiligt werden.

4. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, sich mit der Stadt Köln und dem NS-Dokumentationszentrum in Verbindung zu setzen, um ein ähnliches Modell zu entwickeln, einmal jährlich ehemalige Zwangsarbeiter als Symbol der Versöhnung in die Stadt einzuladen.
5. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, zur Erinnerung an die während der NS-Zeit im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach ermordeten Zwangsarbeiter an geeigneter Stelle (z.B. an der Außenwand des alten Stadtgefängnisses oder am Rathaus Gladbach) eine Gedenktafel anbringen zu lassen.

<-@

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

<-@

- @->
1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2000 in Höhe von 102.000,00 DM wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.
 2. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2000 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 361.713,72 DM werden gemäß § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis genommen.

<-@

8. Zustimmung zur Zahlung von Sitzungsgeldern

@-> Der Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt.

<-@

@-> Der Rat erteilt seine Zustimmung zur Zahlung von Sitzungsgeldern für die Teilnahme an den Sitzungen des "Beirates Lokale Agenda 21", solange dieser in der heutigen Zusammensetzung ((Rat, Verwaltung) besteht, sowie für die Teilnahme an den Sitzungen des Ältestenrates.

<-@

9. II. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Herr Orth erinnert daran, daß auf Druck der Bezirksregierung Köln seinerzeit der Anleinzwang in Bergisch Gladbach auf Sonn- und Feiertage beschränkt wurde. Er regt an, diesbezüglich nochmals bei der Bezirksregierung vorstellig zu werden, um

den Anleinzwang an allen Tagen der Woche durchzusetzen.

Herr Freese begrüßt die Erhöhung des Steuersatzes für die Haltung von Kampfhunden. Es sei wichtig, eine weitere Ausbreitung dieser Hunderassen zu verhindern. Des weiteren müsse verstärkt darauf geachtet werden, daß solche Hunde keine Gefahr mehr für die Allgemeinheit darstellten. Der von Herrn Orth benannte Anleinzwang an allen Tagen müsse in geeigneter Weise überwacht und durchgesetzt werden. Eine entsprechend modifizierte ordnungsbehördliche Verordnung sei dem Rat so schnell wie möglich zur Beschlußfassung vorzulegen.

Herr Hagen begrüßt, daß durch die geänderte Satzung nicht nur die den Kampfhunden zugerechneten Rassen erhöht besteuert würden, sondern auch solche Hunde, die in ihrem Verhalten in gefahrdrohender Weise auffällig wurden. Er beantragt die Einführung einer speziellen Hundemarke, anhand der jederzeit erkannt werden könne, daß die für einen Kampfhund geforderte Steuer ordnungsgemäß entrichtet wurde. Trage ein solches Tier keine Marke, sei dies eine Indiz dafür, daß der Hund illegal gehalten werde. Er geht davon aus, daß der Anleinzwang länderseitig verordnet wird.

Nach Auffassung von Frau Ryborsch müssen alle Mittel ergriffen werden, um gefährliche Hunde künftig ungefährlich zu machen. Der Anleinzwang solle möglichst auf alle großen Hunde ausgedehnt werden. Die Einhaltung des Anleinzwanges sowie die ordnungsgemäßen Zahlung der Steuern müsse künftig angemessen überwacht werden.

Herr Blask bittet zu prüfen, ob man für die Haltung von Kampfhunden einen Genehmigungsvorbehalt für Bergisch Gladbach einführen könne.

Herr Kotulla stellt klar, daß man mit steuerrechtlichen Instrumentarien nicht die Gesamtproblematik lösen könne. Die Länder seien gefordert, das bereits Angekündigte endlich durch Gesetze oder Verordnungen umzusetzen. Erst dann ergebe sich auch für die Stadt Bergisch Gladbach der geeignete Handlungsrahmen. Er kündigt an, daß die Stadtwächter künftig auch die Einhaltung der „hunderechtlichen“ Vorschriften überwachen würden. Den Antrag von Herrn Hagen werde die Verwaltung prüfen. Sei es möglich, besondere Hundemarken für Kampfhunde oder andere gefährliche Hunde einzuführen, werde dies veranlaßt. Ebenfalls geprüft werde die Anregung von Herrn Blast.

Herr Dr. Fischer verweist auf eine Regelung der „ordnungsbehördlichen Verordnung über die Zucht, das Ausbilden und die Haltung gefährlicher Hunde“, die in ihrem § 1 das im Namen Benannte bereits jetzt einer ordnungsbehördlichen Erlaubnis unterwerfe. Die Stadt könne dies aufgreifen und im Rahmen der dann zu erteilenden Einzelgenehmigung die Gefährlichkeit des jeweiligen Hundes und die Geeignetheit des Halters überprüfen.

Herr Kleine verweist auf das positive Beispiel der Stadt München, in der bereits seit 1992 die Zucht und das Halten von Kampfhunden verboten sei. Es gebe dort zu Zeit lediglich noch etwa 5 bereits sehr alte Kampfhunde.

Herr Kotulla entgegnet auf die Ausführung von Herrn Dr. Fischer, daß die benannten Bescheinigungen nicht durch die örtliche Ordnungsbehörde ausgestellt würden. Zudem seien die Ausnahmetatbestände so weit gefaßt, daß für praktisch jeden Hund

eine Genehmigung ausgesprochen werden könne. Er werde allerdings prüfen lassen, ob man der ausstellenden Stelle nicht bestimmte Hinweise geben könne, um diese zu einer Befristung oder gegebenenfalls sogar Versagung zu veranlassen.

Herr Freese weist darauf hin, daß die Überwachung der neuen Vorschriften die Stadtwächter vor zusätzliche Aufgaben stellen. Entsprechend seien diese auszubilden. Da es sich zudem bislang um lediglich zwei Personen handele, müsse zu gegebener Zeit überprüft werden, ob die Vielzahl der zu erfüllenden, auch hoheitlichen, Aufgaben nicht eine Aufstockung dieses Personenkreises erforderlich mache.

Herr Kotulla geht davon aus, daß die vorhandenen Stadtwächter die neue Aufgabe zur Zeit bewältigen könnten. Erweise sich dies als falsch, werde die Verwaltung entsprechend reagieren.

Herr Hagen ergänzt, daß Kampfhunde zum Teil zu mehreren von nur einer Person ausgeführt würden, ohne angeleint zu sein. Es sei daher unbedingt erforderlich, den Leinenzwang einzuführen und wegen der Identifizierbarkeit auch die Hunde mit den von ihm benannten speziellen Marken zu versehen.

Bürgermeisterin Opladen merkt an, daß die Stadt Verstöße gegen hunderechtliche Vorschriften erst dann ahnden könne, wenn das Land die entsprechende gesetzlichen Grundlagen erlassen habe. Dies sei jedoch bislang nicht geschehen.

Für Herrn Hoffstadt ist nicht nur ein Anlein-, sondern auch ein Maulkorbzwang zu prüfen. Erst das Anlegen eines Maulkorbes mache die Hunde tatsächlich ungefährlich.

Herr Dr. Kassner kritisiert, daß im Satzungsentwurf lediglich DM Beträge ausgewiesen würden, obwohl bereits seit einiger Zeit der EURO offizielle Umrechnungswährung sei. Er weist auf einen Gesetzesentwurf hin, nach dem künftig DM- Beträge in Satzungen im Falle der Umstellung auf den EURO zugunsten des Bürgers zu „glätten“ seien. Dies werde langfristig zu erheblichen Einnahmeverlusten der Kommunen, der Länder und des Bundes führen. Soweit sei es sinnvoll, in jeder neuen Satzung von vorne herein die geeigneten EURO Beträge auszuweisen.

Herr Kotulla antwortet, daß auf Landesebene derzeit eine „Abrundungsvorschrift“ erarbeitet werde. Diese sei noch nicht in Kraft, weshalb die Verwaltung im Sinne der Ausführungen von Herrn Dr. Kassner noch keine Handlungsvollmacht habe. Nach Inkrafttreten könnten die Kommunen entsprechend handeln.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@
@-> Die II. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

10. **Abrechnungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. Die Abrechnungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach vom 16.12.1993 (Abfallgebührensatzung 1999) wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die Gebührenkalkulation vom 20.06.2000 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

<-@

@-> 1. Die Abrechnungssatzung 1999 zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der VIII. Nachtragsatzung wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

2. Die Gebührenkalkulation vom 08.05.2000 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

<-@

11. **Jahresabschluß 1999 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**

@-> Herr Dr. Fischer bittet darum, die Bädergesellschaft nach Sanierung des Kombibades Paffrath finanziell so auszustatten, daß sie mittelfristig keine Verluste mehr mache.

Herr Müller entgegnet, daß die Bädergesellschaft niemals kostendeckend oder mit Gewinn arbeiten könne. Dies würde extrem hohe Eintrittspreise in den Bädern bedingen, die jedoch völlig unrealistisch seien.

Frau Ryborsch merkt an, daß die finanzielle Situation im Aufsichtsrat der Bädergesellschaft jederzeit ein Thema sei.

Herr Dr. Fischer konkretisiert seine Aussage dahingehend, daß er selbstverständlich schon den Verkauf der BELKAW Anteile im Auge habe. Die Bädergesellschaft solle langfristig in die Lage versetzt werden, mit einem bestimmten Vermögen zu operieren, damit nicht irgendwann der städtische Haushalt erneut in erheblicher Höhe zum Ausgleich von Verlusten in Anspruch genommen werden müsse.

Für Herrn Ziffus ist es bei allen städtischen Gesellschaften bzw. Eigenbetrieben notwendig, diese in die Lage zu versetzen, Abschreibungen selbständig zu erwirtschaften. Nur dies ermögliche es ihnen, sich dauerhaft stabil zu finanzieren. Diese Thematik solle gegebenenfalls Thema in den geeigneten politischen Gremien sein, um eine generelle Linie festzulegen.

Herr Kotulla weist darauf hin, daß es bereits Einrichtungen gebe, die Abschreibungen erwirtschafteten. Generell habe sich die Kameralistik in früheren Zeiten mit der Problematik der Abschreibungen nicht befaßt. Es sei lediglich Unterhaltungsaufwand über den laufenden Haushalt finanziert worden, wenn sich ein solcher ergab. Auf

Dauer müsse jedoch im Sinne der Anregung von Herrn Ziffus gehandelt werden.

Für Herrn Dr. Kassner ist das „Outsourcing“ des Bäderbereiches ein erfolgreiches Beispiel. Es sei gelungen, die Saale Mühle zu sanieren, ohne den städtischen Haushalt in erheblicher Weise in Anspruch nehmen zu müssen. Ähnliches werde für das Kombibad Paffrath beabsichtigt. Längerfristig werde selbstverständlich sichergestellt, daß auch die Bädergesellschaft ihre Abschreibungen erwirtschaftete.

Für Herrn Orth ist es schlichtweg unmöglich, in allen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Abschreibungen zu erwirtschaften. Dies laufe zwangsläufig auf unangemessen hohe Gebühren hinaus. Generell sei eine solche Debatte möglichst frühzeitig und qualifiziert zu führen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@->

1. Die Bürgermeisterin als Gesellschaftsvertreterin wird bevollmächtigt in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 1999 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von DM 513.552,00 aus der Kapitalrücklage abzudecken.
2. Die Bürgermeisterin wird ebenso bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.
3. Die Bürgermeisterin wird ebenso bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2000 Herrn Dr. Christian Janssen und Herrn Stefan Winden von der Sozietät BFJM zu beauftragen.

<-@

12. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**

@->

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@->

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gem. § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.1998 in Aktiva und Passiva mit

9.054.893,73 DM

und

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust in Höhe von

6.388.188,72 DM

fest, der Betriebskostenzuschuß 1998 aus allgemeinen Haushaltsmitteln in Höhe von

5.139.150,00 DM

ist dabei nicht berücksichtigt.

2. Der Lagebericht 1998 wird gem. § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.
3. Der aus der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Betriebskostenzuschuß

resultierende Jahresverlust 1998 in Höhe von **1.249.038,72 DM** wird gem. § 10 Abs. 6 EigVO auf die neue Jahresrechnung 1999 vorgetragen. Der Verlustvortrag beträgt damit einschließlich des Verlustes 1997 in Höhe von **707.795,87 DM** insgesamt **1.956.834,59 DM**.

<-@

13. Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach"

@-> Herr Dr. Miede weist darauf hin, daß entsprechend den Ausführungen in der Anlage der Tagesordnung in der aktualisierten Fassung vom 21.06.2000 die Berichte unter den Tagesordnungspunkten 13 bis 16 lediglich zur Kenntnis zu nehmen sind.

Herr Kotulla erläutert, daß die Einrichtung bislang noch nicht geprüft wurden und daher noch keine Beschlußfassung ergehen könne. Auf der anderen Seite geboten die entsprechenden Satzungen, den Rat bereits nach einem halben Jahr über die Berichte in Kenntnis zu setzen. Die Prüfergebnisse würden ihn zu späterer Zeit beschäftigen.

Herr Freese bittet darum, gegebenenfalls auf Ebene der Hauptverwaltungsbeamten mit dem Kreis zu erörtern, wie es künftig mit der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach weitergehen solle. Es sei eine Tendenz erkennbar, daß sich der Kreis immer mehr aus der Finanzierung derselben zurückziehe. Der in der Vorlage angedachte Internetarbeitsplatz für Behinderte und Senioren könne kein Ersatz für einen behindertengerechten Ausbau des Forums darstellen. Zudem sei es gesetzlich auch nicht zulässig, einen solchen Arbeitsplatz mit Zivildienstleistenden zu bekleiden. Das Angebot eines Internetarbeitsplatzes erreiche lediglich einen kleineren Teil der Behinderten und Senioren. Der größere werde auch zukünftig versuchen, auf konventionellen Wege an Bücher und Zeitschriften zu gelangen. Die Stadt habe die Pflicht, auch diesem Personenkreis in angemessener Weise gerecht zu werden. Seine Fraktion könne den Bericht daher heute lediglich „nicht zustimmend“ zu Kenntnis nehmen.

Herr Kotulla entgegnet, daß es im Hinblick auf Behinderte und Senioren nicht mit dem Einbau eines Aufzuges getan sei. Dieser Personenkreis benötige immer auch weitergehende Hilfe. Hinsichtlich der Zukunft der Stadt- und Kreisbücherei merkt er an, daß vor zwei Jahren eine Vereinbarung unterschrieben wurde, die bis zum 31.12.2000 gelte und den Fortbestand der Bücherei in der heutigen Form bis dahin sichere. Diese Vereinbarung werde von den übrigen Kommunen des Kreises wahrscheinlich nicht mehr verlängert. Aus diesem Grunde müßte bereits in diesem Jahr unter Einbindung des politischen Raumes überlegt werden, wie die dann entstehenden Einnahmeverluste aufgefangen würden.

Für Frau Ryborsch ist es nicht zulässig, den Jahres- und Lagebericht 1999 mit einer behindertengerechten Ausstattung des Forums zu verknüpfen. Im übrigen arbeite die Verwaltung derzeit an einer Lösung, wie gegebenenfalls doch noch ein Behindertenaufzug im Gebäude eingebaut werden könne.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

<-@
@-> Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat stellt den Jahres- und Lagebericht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Einrichtung „Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach“ fest.

<-@

14. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**

@-> Frau Böhrs kritisiert, daß der Leiter der Volkshochschule in der Sitzung des Fachausschusses am 06.06.2000 nicht bereit war, eingehende Fragen zum Jahres- und Lagebericht 1999 der Volkshochschule zu beantworten. Auf der anderen Seite habe der Leiter den Rat in seiner letzten Sitzung genötigt, ohne vorherige Einbindung des Ausschusses eine neue Entgelteverordnung zu verabschieden. Sie verweist auf eine Anfrage ihrer Person zu der Thematik, die bislang noch nicht beantwortet wurde.

Herr Kotulla entgegnet, daß er das Antwortschreiben zu dieser Anfrage heute unterzeichnet habe und dieses Frau Böhrs voraussichtlich morgen zugehen werde.

Frau Ryborsch kritisiert, daß der Jahres- und Lagebericht der Volkshochschule für 1999 inhaltlich recht dürftig ausgefallen sei. Sie bittet darum, dies für die Zukunft zu ändern.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

<-@
@-> Der Werksausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat stellt den Jahres- und Lagebericht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Volkshochschule Bergisch Gladbach“ fest.

<-@

15. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
@-> Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresbericht 1999 der eigenbetrieblichen Einrichtung „Haus der

Musik Bergisch Gladbach“ fest.

Die ermittelten Gewinne verbleiben zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60 % in der Einrichtung, 40 % werden an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

<-@

16. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"**

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

@-> Der Werksausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat stellt den Jahres- und Lagebericht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach“ fest.

Die ermittelten Gewinne verbleiben zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60 % in der Einrichtung, 40 % werden an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

<-@

17. **Feststellung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte 1996 und 1997 der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> Der Rat möge beschließen:

Der Rat stellt die Jahresabschlüsse und die Lageberichte 1996 und 1997 der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach fest.

Die ermittelten Fehlbeträge für 1996 in Höhe von 72.993,81 DM und
1997 in Höhe von 55.800,43 DM
128.800,43 DM

wurden mit dem Sonderzuschuss für Fehlbetragsabdeckungen ausgeglichen.

<-@

18. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> Der Werksausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 1998 der städtischen Kultureinrichtung „Haus der Musik Bergisch Gladbach“ ist festzustellen.

<-@

19. **Feststellung der Jahresabschlüsse 1996 bis 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Einrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> **Der Rat möge beschließen:**

Der Rat stellt die Jahresabschlüsse 1996 bis 1998 der eigenbetriebsähnlichen Kultureinrichtung „Volkshochschule Bergisch Gladbach“ fest.

Die ermittelten Jahresgewinne verbleiben zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60% in der Einrichtung, 40% werden an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

<-@

20. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach"**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der vorgelegte Jahres- und Lagebericht sowie die Erfolgsübersicht 1998 der städtischen Kultureinrichtung „Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach“ werden zur Kenntnis genommen.

<-@

@-> Der Rat stellt den Jahres- und Lagebericht 1998 der eigenbetriebsähnlichen Kultureinrichtung „Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach“ fest.

<-@

21. **Jahres- und Lagebericht 1999 des Stadtarchivs**

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

22. **Feststellung der Entgelte der Städtischen Löwenkonzerte in der Saison 2000/2001**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> Der Rat möge beschließen:

Die Entgelte für die städtischen Löwenkonzerte in der Saison 2000/2001 werden wie vorgelegt beschlossen

<-@

23. **Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Kooperationsvereinbarung wird in der vorliegenden Form unter Berücksichtigung der Modifikation des § 2 zugestimmt.

<-@

@-> Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, der Kooperationsvereinbarung in der vorliegenden Form zuzustimmen.

<-@

24. **Erweiterung Gartencenter Nußbaumer Straße**
- Genehmigung nach § 33 BauGB
- Ausnahme von der Veränderungssperre

@-> Herr Buchholz weist darauf hin, daß die Verwaltung die Vorlage in der Sitzung des Planungsausschusses am 25.05.2000 mit der Bitte zurückgezogen habe, die Entscheidung direkt in der Ratssitzung am 27.06.2000 zu treffen. Seinerzeit hätten notwendige Informationen und Erklärungen des Bauherrn noch nicht vorgelegen. Er bittet die Verwaltung um Berichterstattung.

Stadtbaurat Schmickler erklärt, daß der Antragsteller die künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes für sich und seine Rechtsnachfolger inzwischen schriftlich anerkannt habe. Des weiteren seien die Frage der künftigen Erschließung sowie (in formeller Hinsicht) die Lärmschutzproblematik geklärt worden. Gesichert seien auch der Fußweg vom Gartencenter in das benachbarte Wohngebiet sowie der Umfang des künftig angebotenen Sortimentes. Es bestünden daher keine Bedenken, dem Beschlußvorschlag zuzustimmen.

Herr Thannisch weist auf einen Stellplatzbereich hin, der aufgrund seiner Nähe zu einem benachbarten Grundstück abgesperrt wurde. Er möchte wissen, wie sich diese Angelegenheit inzwischen geklärt habe.

Frau Schmidt-Bolzmann merkt an, daß der Bauherr bei ihrer Fraktion kein Vertrauen mehr genieße. Er habe nicht nur einen im Bebauungsplan festgesetzten Wohnweg beseitigt, sondern eine den Vorgaben des Bebauungsplanes nicht entsprechende Bebauung begonnen. Eine Vorabgenehmigung nach § 33 BauGB komme nicht in Betracht.

Für Herrn Ziffus ist das Verhalten des Bauherrn ebenfalls nicht zu rechtfertigen. Es könne ohne weiteres der ordnungsgemäße Ablauf des Bauleitplanverfahrens abgewartet werden.

Frau Hammelrath weist darauf hin, daß der in der Vorlage erwähnte CDU-Antrag etwas anderes beinhaltete als die Intention, die den Beschlüssen des Planungsausschusses vom 20.08.1998 bzw. 25.11.1999 zugrunde gelegen habe. Sie möchte konkret wissen, was hinsichtlich des Bauvorhabens geklärt wurde.

Herr Schmickler erklärt, daß der Parkplatz in der Tat abweichend von der erteilten Baugenehmigung angelegt wurde. Die Bauaufsicht habe daraufhin einen Teil desselben für eine Nutzung gesperrt. In dem hiermit verbundenen Verwaltungsverfahren sei der Fortgang des Bauleitplanverfahrens zu berücksichtigen. Unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit könne die Bauaufsicht nur die Mittel anwenden, die für die Schaffung eines rechtmäßigen Zustandes unabdingbar erforderlich seien. Er gehe davon aus, daß sich eine einvernehmliche Regelung erzielen lasse.

Es gebe seitens der Bauherren eindeutige Zusagen, mit ihrem Vorhaben die Ziele der Veränderungssperre einzuhalten. Eine Baugenehmigung könne erst erteilt werden, wenn sowohl im Bebauungsplan als auch in den Aussagen der Bauherren eindeutige und sich deckende Kriterien festgelegt seien.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, daß jedem anderen Bauherrn in einem gleichgelagerten Fall der illegal errichtete Bau sofort stillgelegt worden wäre. Hier werde dem Bauherrn in Verhandlungen die Zusage abgerungen, sich doch noch an die Vorgaben des Bebauungsplanes zu halten.

Herr Schmickler entgegnet, daß die Bauaufsicht in der Anwendung von Zwangsinstrumenten gehemmt sei, wenn der aufzustellende Bebauungsplan ein bislang illegales Vorhaben auf längere Sicht legalisiere. Sie habe den Schwarzbau gesperrt und gleichzeitig ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Alles weitere ergebe sich aus dem Bauleitplanverfahren. Aus diesem resultierten die endgültigen Maßnahmen.

Für Frau Schmidt-Bolzmann ist nach wie vor nicht einsehbar, dem Bauherrn entgegen zu kommen. Man habe zwei Jahre darum gekämpft, ihm das Zugeständnis der Anlegung eines Fußweges abzurufen. Mit seinen Maßnahmen habe er nunmehr jedes in ihn gesetzte Vertrauen verspielt.

Frau Hammelrath möchte wissen, ob die Verhandlungen mit dem Bauherrn

tatsächlich auf den unter 3. der Vorlage aufgezählten vier Punkten beruhen. Erkenne der Bauherr diese Punkte an, seien wesentliche städtebauliche Bedenken ausgeräumt. Sie weist darauf hin, daß die ursprünglich erteilte Baugenehmigung den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes entsprach. Das Vorhaben sei jedoch völlig abweichend von dieser Genehmigung errichtet wurden. Es bestehe nunmehr die Absicht, die künftigen Festsetzung des Bebauungsplanes dem illegalen Vorhaben anzugleichen.

Frau Ryborsch möchte einer Genehmigung nach § 33 BauBG keinesfalls zustimmen. Sie verweist auf das Beispiel des Knauber Marktes in Bensberg, das der Attraktivität der Bensberger Fußgängerzone erheblich geschadet habe.

Herr Müller beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Die Angelegenheit solle ordnungsgemäß im Planungsausschuß abgehandelt werden.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

- <-@
- @-> 1. Der Erteilung der Genehmigung für die Erweiterung des Gartencenters an der Nußbaumer Straße auf der Grundlage des § 33 BauGB wird zugestimmt.
2. Einer Ausnahme von der Veränderungssperre für die Erweiterung des Gartencenters im Geltungsbereich des zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 1441- Gartencenter Nußbaumer Straße- wird zugestimmt.

<-@

25. **Fortsetzung der mobilen offenen Jugendarbeit**

- @-> Herr Schnöring weist auf die zeitliche Begrenzung der Vereinbarung hin. Er bitte die Fraktionen, sich darüber Gedanken zu machen, ob die mobile Jugendarbeit gegebenenfalls in andere Stadtteile ausgedehnt werden könne und auf diese Weise eine weitere Sicherung erreichbar sei.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

1. Die Vereinbarung über die mobile offene Jugendarbeit zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Verein „Kath. Jugendarbeit des Erzbistums Köln e.V.“ soll für ein weiteres Jahr Bestand haben, also bis zum 31.12.2001.
2. Der Verein „Kath. Jugendarbeit des Erzbistums Köln e.V.“ als Träger der mobilen offenen Jugendarbeit wird gebeten, die Arbeit des Projektes nach den Sommerferien *mit neuen Fachkräften gegenüber dem Personalbestand zu Beginn des Projektes und gemäß den von der Verwaltung des Jugendamtes entwickelten Konkretisierungen des Ansatzes fortzuführen.*
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, was im Hinblick auf neue

Räumlichkeiten im Stadtteil Herkenrath zu tun ist, damit sich eine neue offene Jugendarbeit entwickeln kann.

<-@

@-> Die Vereinbarung über die Mobile Offene Jugendarbeit zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Verein "Katholische Jugendarbeit des Erzbistums Köln e.V." soll für ein weiteres Jahr Bestand haben, also bis zum 31.12.2001.

1. Der Verein "Katholische Jugendarbeit des Erzbistums Köln e.V." als Träger der Mobilien Offenen Jugendarbeit wird gebeten, die Arbeit des Projektes nach den Sommerferien

mit neuen Fachkräften gegenüber dem Personalbestand zu Beginn des Projektes

und gemäß den von der Verwaltung des Jugendamtes entwickelten Konkretisierungen des Ansatzes

fortzuführen.

<-@

26. Einrichtung von Schülertreffs in Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Schulen

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

<-@

@->

Die Stadt Bergisch Gladbach fördert die Betriebskosten von Schülertreffs ab dem 01.08.2000 wie folgt:

1. Förderungsvoraussetzung ist, dass Landesmittel für die Betriebskosten von Schülertreffs gewährt werden (in der Regel jährlich 20.000 DM je Schülertreff).
2. Es werden je Schülertreff die Personalkosten für eine sozialpädagogische Fachkraft mit 19,25 Wochenstunden anerkannt.
3. Zur Deckung der Sachkosten der Schülertreffs werden je Schülertreff monatlich 500 DM (= jährlich 6.000 DM) für den pädagogischen Aufwand, für Elternarbeit und Fortbildung anerkannt.
4. Auf die Träger entfällt ein Anteil von 1% der anerkennungsfähigen Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) der Schülertreffs.
5. Die städtische Förderung beträgt je Schülertreff 99% der anerkennungsfähigen Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) abzüglich der Landesförderung von in der Regel 20.000 DM und der Elternbeiträge.

<-@

27. **Befristete Förderung einer zusätzlichen Fachkraftstelle in der Katholischen Beratungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder**

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> Die Kath. Beratungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder in Bergisch Gladbach erhält für eine zusätzliche Fachkraftstelle eine städtische Förderung von höchstens

33.200,00 DM in 2000 und
66.400,00 DM in 2001.

Die Förderung ist für den Zeitraum 01.07.2000 bis 31.12.2001 befristet.

<-@

28. **Bau eines Offenen Jugendtreffs in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes in Paffrath, Franz-Heider-Straße ;
Förderung der Bau-, Einrichtungs- und Betriebskosten**

@-> Herr Blask fragt an, ob sich hinsichtlich der Einrichtung von Musikproberäumen im Kellergeschoß des Gebäudes inzwischen etwas Neues ergeben habe.

Fachbereichsleiter Krüger antwortet, daß man sich in Verhandlungen mit einem Sponsor befinde. Diese dauerten zu Zeit noch an.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

1. Der Förderung der Bau- sowie der Betriebskosten für den offenen Kinder- und Jugendtreff im Rahmen der Errichtung der Kindertagesstätte wird zugestimmt. Im Haushalt 2000 werden dafür aus der Haushaltsstelle 460.9872.0 - Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheimen – 50.000 DM zur Verfügung gestellt. Im Haushalt 2001 sind die restlichen Mittel zur Baukostenförderung in Höhe von 580.000 DM sowie die erforderlichen Betriebskostenmittel zu veranschlagen. Die Einrichtungskosten sind im Rahmen der richtliniengemäßen Forderungen auf Antrag des Trägers zu fördern.
2. Die nicht durch den Folgelastenvertrag finanzierten Investitionskosten von 333.827 DM werden durch den städtischen Haushalt in den Jahren 2000 und 2001 vorfinanziert und später, wenn die Stiftung Scheurer wieder über ausreichende Barmittel verfügt, von dieser zu 100% übernommen.
3. Der Treff soll in einer Baumaßnahme gemeinsam mit der Kindertagesstätte errichtet werden.
4. Die Baumaßnahme soll ein Kellergeschoß für Musikproberäume beinhalten,

sofern es gelingt, das Kellergeschoß zu finanzieren, ohne damit städtische Haushaltsmittel zu binden. Die Bürgermeisterin wird gebeten, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

<-@

29. Richtlinien zur Förderung des Jugendpflegematerials

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Richtlinien treten in der veränderten Form rückwirkend zum 01.01.2000 in Kraft.

<-@

30. Benennung von Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss (Jugend- und Sozialausschuss)

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> Auf Vorschlag des Seniorenbeirates der Stadt Bergisch Gladbach wird das Mitglied des Seniorenbeirates,

Herr Hans Kölschbach,

als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) gewählt.

Als persönliche Vertreterin von Herrn Kölschbach wird **Frau Gertrud Coester** benannt.

<-@

31. Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Berufsschulverbandes Bergisch Gladbach, Overath, Kürten, Odenthal und Rösrath

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

An Stelle der sachkundigen Bürgerin Birgit Alef wird das Ratsmitglied Holger Blask als Mitglied in die Verbandsversammlung des Berufsschulverbandes Bergisch Gladbach, Overath, Kürten, Odenthal und Rösrath bestellt.

<-@

32. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.05.2000 zur Nachfolgebesezung in

verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.

<-@

33. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2000 zur Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Dem Antrag auf Nachbesetzung im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr wird zugestimmt.

<-@

34. Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 05.06.2000 zur Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Dem Antrag auf Umbesetzung im Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) wird zugestimmt.

<-@

35. Antrag der Fraktion KIDitiative vom 30.05.2000 zur Einführung eines Nachtbusystems in Bergisch Gladbach

@-> Herr Blask begründet den Antrag. Die Anbindung vieler Bergisch Gladbacher Stadtteile sei in den Abend- und Nachtstunden katastrophal. Um die bestehenden schienengebundenen Linien S 11, 1, 3 und 15 für die Bergisch Gladbacher Bevölkerung nutzbar zu machen, sei die Einrichtung zweier ringförmiger Nachtbuslinien ein geeignetes Mittel.

Herr Schmickler weist darauf hin, daß zum 01.08.2000 der neue Geschäftsführer seinen Dienst bei der Stadtverkehrsgesellschaft antrete. Dieser könne sich dann mit dem Antrag auseinandersetzen und dem Hauptausschuß eine fundierte Entscheidungsgrundlage an die Hand geben.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Antrag wird in den Hauptausschuß überwiesen.

<-@

36. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2000 zur Verordnung des Bundesministers für Verkehr, wonach auf deutschen Straßen 44-Tonnen-Fahrzeugkombinationen zugelassen sind

@-> Frau Ryborsch begründet den Antrag. Inzwischen seien durch den Einsatz der 44-Tonnen-Fahrzeugkombinationen bereits erhebliche Straßenschäden entstanden. Die CDU Fraktion habe dies erkannt und zur Sanierung des Straßenbelages in verschiedenen Straßen finanzielle Mittel in den Haushaltsplan 2000 eingestellt. Die Kommunen hätten zwar keinen rechtlichen Einfluß auf den Vollzug der Straßenverkehrszulassungsordnung, auf der anderen Seite jedoch die Straßenschäden zu tragen. Die Verantwortung für die Landesstraßen sei zudem inzwischen vom Landschaftsverband auf das Land Nordrhein-Westfalen übergegangen. Es seien zukünftig riesige Straßenschäden zu gewärtigen, die finanziell kaum aufgefangen werden könnten. Sie benennt als Beispiel dem Zustand des Straßenbelages in der Straße „An der Zinkhütte“.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß die 53. Ausnahmeverordnung zur Straßenverkehrszulassungsordnung darauf abziele, den Güterverkehr entweder auf die Schiene oder die Wasserstraßen zu verlagern. Ein Transport auf der Straße solle lediglich in einem Radius von max. 150 km und möglichst zwischen den Schienen oder Wasserwegen möglich sein. Insoweit werde eine Resolution gegen die Ausnahmeverordnung von der SPD Fraktion nicht mitgetragen.

Den Straßenschäden müsse man allerdings ins Auge sehen. Richte sich eine Resolution auf die Mitverantwortung des Bundes und des Landes bei der Beseitigung derselben, könne sie im Rat eine Mehrheit finden. Allerdings müsse dann der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN umformuliert werden.

Herr Müller sieht den Bund und das Land in der hauptsächlichen Verantwortung für das angesprochene Problem. Er regt an, die von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Düsseldorf und Berlin getragenen Regierungen zu veranlassen, den Kommunen mehr Geld für Straßenbau und Straßenreparaturen zu Verfügung zu stellen.

Frau Ryborsch führt aus, daß gerade der in der Ausnahmeverordnung zugestandene 150-Radius die Straßen besonders belaste. Im gesamten Bundesgebiet sei keine Straße für das Gewicht der neu einzusetzenden Fahrzeuge ausgelegt. Die Ausnahmeverordnung basiere zudem auf einer EU-Richtlinie. Insofern seien Düsseldorf und Berlin lediglich Zwischenstationen. Sie zieht ihren Antrag zurück und kündigt an, ihn neu formuliert und mit entsprechenden Informationsmaterialien versehen neu zu stellen.

<-@

37. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> 1. Anfrage des Ratsmitgliedes Dr. Fischer vom 05.06.2000 zur städtischen

Wirtschaftsförderung

Bürgermeisterin Opladen verweist auf die allen Ratsmitgliedern vorliegende Tischvorlage.

2. Anfrage der Fraktion KIDinitiative vom 13.06.2000 zu Bürgerversammlungen im

-
Zusammenhang mit den Umsetzung der Agenda 21

Bürgermeisterin Opladen verweist auf die allen Ratsmitgliedern vorliegende Tischvorlage.

3. Anfrage zur Beleuchtung im Forum – Park

Frau Böhrs weist auf den schlechten Zustand der Beleuchtung zwischen dem Forum und der Tiefgarage am Bergischen Löwen im Bereich des Forum-Parks hin. Sie möchte wissen, wann diese in einem ordnungsgemäßen Zustand versetzt werde, damit dort eine größeres Gefühl der Sicherheit gegeben sei.

Stadtbaurat Schmickler bestätigt den ungewarteten und schlechten Zustand der Beleuchtung. Die Verwaltung bemühe sich, die Unterhaltung dieser Leuchten in die Hände der BELKAW GmbH zu übergeben. Er hoffe, die Angelegenheit bis zum Sommer geregelt zu haben.

4. Anfrage zum Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens der neuen

Stadt Bergisch Gladbach

Herr Blask möchte wissen, auf welcher Grundlage die Gästeliste für den Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens der neuen Bergisch Gladbach zusammengestellt wurde.

Bürgermeisterin Opladen erläutert, das es eine offizielle Einladungsliste gäbe, auf der neben den Ratsmitgliedern und den Ehrenbürgern auch Institutionen, die Kirche, verschiedene Verbände und Firmen aufgelistet seien. Anhand dieser Liste würden im allgemeinen Einladungen zu Festakten wie dem hier in Rede stehenden ausgesprochen.

5. Anfrage zur Schließung einer Zuwegung im Bereich der Straße Am Klutstein in

Schildgen.

Unter Bezugnahme auf die pressewirksam gewordene Schließung der Zuwegung zu einer Freizeitsporteinrichtung im Bereich der Straße Am Klutstein in Schildgen fragt Frau Koshofer nach dem Sachstand.

Herr Schmickler antwortet, daß die gerichtliche Auseinandersetzung um die Zuwegung derzeit noch andauere. Parallel hierzu würden Verhandlungen mit allen Beteiligten hinsichtlich einer alternativen Erschließung geführt.

6. Anfrage zur Ausschreibung einer Sekretärinnenstelle

Frau Schmidt-Bolzmann fragt an, ob es die Bürgermeisterin für zeitgemäß und der Haushaltslage für angemessen erachtet, daß der neue Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft per Zeitungsanzeige eine Sekretärin sucht, obgleich er seinen Dienst noch nicht angetreten hat. Im Bereich der Verwaltung gebe es mehrere Sekretärinnen, die nicht ausgelastet seien und dennoch bezahlt werden müßten.

7. Anfrage zu einem Workshop im Zusammenhang mit der Umsetzung der Agenda 21

(hier: Projekt Kahnweiher)

Unter Bezugnahme auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 13.06.2000 zu dem oben genannten Thema bittet Herr Dr. Kassner darum, ihm das Protokoll des Workshops vom 27.05.2000 zur Verfügung zu stellen.

Diesem Wunsch schließt sich Frau Wagner an.

Fachbereichsleiter Sterzenbach sichert zu, das Protokoll zu übersenden.

8. Anfrage zum Haushalt 2000, zur Finanzierung der Fraktionen und zur Zukunft des

Stadtbusmagazins

Frau Ryborsch stellt folgende Anfragen:

- a) vom Landrat sei inzwischen die Zustimmung zum Haushalt 2000 erteilt worden. Diese enthalte deutliche Formulierungen, die den Rat zu einem Handeln zwingen. Sie möchte wissen, wie die Verwaltung diese grundsätzliche Problematik angehen wolle.
- b) Wie weit seien inzwischen die Überlegungen zur Finanzierung der Fraktionen

gediehen?

- c) Wie stelle sich die Verwaltung die Zukunft des Stadtbusmagazins vor? Sie hoffe, daß hier bald eine Konzeption erstellt werde. Zudem wolle sie wissen, ob von der letzten Ausgabe noch Exemplare zum Verteilen übrig seien.

Herr Kotulla geht davon aus, daß Frau Ryborsch die Haushaltsbegleitverfügung des Landrates meint. Die Verwaltung werde den politischen Raum in die gewünschte grundsätzliche Diskussion einbinden, wenn die Eckdaten für den Haushalt 2001 vorlägen. Aufgrund der zu befürchtenden Einbrüche sowie des erst späten Vorliegens dieser Daten werde die Diskussion voraussichtlich eher später zu führen sein. Kürzungen in vielen Bereichen träfen nicht nur Bergisch Gladbach, sondern alle Kommunen.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung

<-@

38. **Anfrage des Ratsmitgliedes Dr. Fischer zur städtischen Wirtschaftsförderung**

39. **Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 13.06.2000 zu Bürgerversammlungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Agenda 21**